



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

„Schmidts Berliner Brief“ 5/15

I. Das Wichtigste zuerst



1. PKM-Fachgespräch: Dokumentationspflichtenverordnung von Ministerin Nahles (SPD) ein großes Ärgernis!

Wir fordern von der Bundesarbeitsministerin, ihre Mindestlohndokumentationspflichtenverordnung vom 18. Dezember 2014 umgehend rückwirkend zum 1. Januar 2015 zu ändern. Unsere Forderungen sind, wie bereits im [Berliner Brief](#) vom 30.01.15 mitgeteilt:

1. Absenkung des Schwellenwerts von 2.958 auf höchstens 1.900 Euro, ab dem die Dokumentationspflicht entfällt.

2. Schreibt der Arbeitsvertrag den Stundenlohn sowie die Arbeitszeit fest, so soll die Dokumentationspflicht für geringfügig Beschäftigte entfallen.

3. Evaluationsbericht zu den Auswirkungen des Mindestlohns sollte **bereits zum 30. Juni 2015** vorgelegt werden.

Am 27. Januar 2015 wurde der Antrag zum Mindestlohn in unserer Fraktionssitzung einstimmig beschlossen. Den Antrag finden Sie [hier](#).

Im Rahmen des **PKM-Gesprächs** (Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) kamen u.a. der **Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)**, **Bundesverband der Gebäudereiniger**, **Zentralverband Deutsches Baugewerbe**, **Hauptgeschäftsführer der BDA**, Dr. Reinhard Göhner und **Julia Klöckner MdL**, stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU-Deutschlands, zu

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!

Hitzig ging es beim PKM-Fachgespräch unserer Fraktion zu den Dokumentationspflichten von Ministerin Nahles (SPD) her. Zurecht wie ich finde. Den Unmut und Ärger der Arbeitgeber und Arbeitnehmer teile ich voll und ganz. Wir fordern die Ministerin dazu auf, ihre Verordnung zu ändern und eine praxisnahe und der Realität entsprechende Regelung zu finden!

In Brüssel hat sich unser Ausschuss für Verkehr mit Kommissar Günther Oettinger und Verkehrskommissarin Violeta Bulc sowie den Mitgliedern des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments zu Gesprächen getroffen. Neben digitaler Infrastruktur und dem vierten Eisenbahnpaket der Kommission wurde das Thema „Schienenlärm“ diskutiert (S. 3).

Beim Gespräch der Arbeitnehmergruppe mit der Ministerpräsidentin des Saarlandes Annegret Kramp-Karrenbauer ging es in erster Linie um die deutsch-französische Zusammenarbeit. Eine gemeinsame Initiative, an der sich auch Baden beteiligen soll, ist geplant. Französische Jugendliche sollen die Möglichkeit erhalten, den Betriebsteil ihrer Ausbildung in Deutschland zu absolvieren (S. 4).

*Herzliche Grüße
Ihre*

Wort. Alle begrüßten ausdrücklich den Antrag und forderten zügige Umsetzung der genannten Punkte. Das größte Problem stelle aus Sicht des ZDH, der BDA und anderer Arbeitgeber die **Generalunternehmerhaftung** dar. Regelungen bezüglich der Praktikanten seien ebenfalls nicht eindeutig, sowie das Ehrenamt, welches der CDU-Ansicht nach nichts im Mindestlohngesetz verloren hat. Darüber hinaus sind die Aufzeichnungen für Gebäudereiniger bereits seit 2007 Pflicht (Arbeitnehmerentsendegesetz), im Baugewerbe sogar seit 1997. Sie seien sinnvoll im gewerblichen Bereich. Bei faktisch nicht möglichen Verstößen, weil ein Tarifvertrag vorliegt, sei Aufzeichnungspflicht bei kaufmännischen Angestellten sinnlos und bürokratisch, so der Zentralverband Deutsches Baugewerbe. Der Schwellenwert von 2.958 Euro ginge zudem völlig an der Realität vorbei, denn ginge man von einem Mindestlohn von 8,50 Euro aus, so müsste der Arbeitnehmer 348 Stunden Arbeitszeit pro Monat haben. Julia Klöckner, die Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz ist, sprach von gleichen Erfahrungen im Rahmen eines „Praxisgespräch Mindestlohn“ vom 03.02.15 im Landtag von Rheinland-Pfalz.

Ich möchte an dieser Stelle hervorheben, dass wir nicht den Mindestlohn an sich in Frage stellen. **Der Mindestlohn ist gut und richtig, das habe ich immer betont.** Die Umsetzung, die die Arbeitsministerin im Alleingang beschlossen hat, geht jedoch völlig an der Realität und Praktikabilität vorbei. Es wird ein Klima des Misstrauens gegenüber den Arbeitgebern erzeugt, und das halte ich für gefährlich und falsch. **Ich möchte Sie daher herzlich bitten, Ihre Beispiele aus der Praxis an mich heranzutragen.** Die CDU/CSU-Bundestagfraktion und ich werden alles versuchen, die Forderungen gegenüber der Ministerin durchzusetzen!

2. Gespräch zum „Behinderungsbegriff“ – leistungsberechtigter Personenkreis

Gleich am Montag sprachen Hubert Hüppe, Uwe Schummer, Behindertenbeauftragter unserer Fraktion, Karl Schiewerling, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales und ich mit externen Sachverständigen über die Anforderungen an einen neuen Behinderungsbegriff. U.a. Vertreter der Caritas, des Bundesverbandes der Berufsbetreuerinnen und des Deutschen Vereins sind sich einig, dass der Behindertenbegriff an die **Definition des Artikels 1 der UN-Behindertenrechtskonvention** anknüpfen muss. Zu den Menschen mit Behinderungen zählen Menschen, die langfristig körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie **in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren** an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können.



(v. links: Hubert Hüppe MdB, Gabriele Schmidt MdB, Uwe Schummer MdB und Karl Schiewerling MdB)

3. Mit dem Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur zu Besuch in Brüssel

Den Tag in Brüssel haben wir genutzt, um uns mit dem **Kommissar Günther Oettinger, Verkehrskommissarin Violeta Bulc** sowie Mitgliedern des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments (s. Bild) auszutauschen.



Günther Oettinger betonte die **Wichtigkeit der Digitalen Infrastruktur**, da alle Bereiche des Lebens von ihr erfasst werden, so die Wirtschaft, Verkehr, Medizin etc. Die **Juncker-Investitionsoffensive**, mit der bis zu **315 Milliarden** mobilisiert werden sollen, ist im Zusammenhang mit der Schaffung eines einheitlichen digitalen Binnenmarktes grundsätzlich positiv zu sehen.

Michael Cramer, Vorsitzender des Ausschusses im Europäischen Parlament, beklagte die mangelnde, schleppende Harmonisierung des Schienennetzes. So müsse auf manchen Strecken mit großem Zeitaufwand auf wenigen Kilometern die Lok zweimal gewechselt werden, weil die Sicherheits- und Signaltechnik nicht harmonisiert sei.

Ein weiterer für unsere Region wichtiger Punkt war der **Schienenlärm**. Die Kommissarin für Verkehr Violeta Bulc hat signalisiert, Deutschland in seinen Bemühungen, den Schienenlärm zu reduzieren, mit EU-Geldern zu unterstützen. Allerdings hat sie weder Zeiträume noch die Höhe der Unterstützung genannt. Wir bleiben aber dran.

II. Die Woche im Parlament (Auszug)

1. Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst. Wir haben das Gesetz beschlossen, das eine Stärkung des Frauenanteils in Führungspositionen anstrebt, in zweiter und dritter Lesung.

2. Gesetz zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten und zur Stärkung des Bestellerprinzips bei der Wohnungsvermittlung. Wir haben die gefundene Einigung zur sogenannten Mietpreisbremse in zweiter und dritter Lesung beschlossen.

III. Sonstiges

1. Gespräch der Arbeitnehmergruppe mit der Ministerpräsidentin des Saarlandes Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU)

Das Gespräch mit der Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer fand am Rande der Plenarsitzung statt. Im Fokus stand die deutsch-französische Zusammenarbeit, für die sich die Ministerpräsidentin seit Jahren erfolgreich stark macht. Ihre Initiative, im Saarland die französische Sprache neben Deutsch als zweite Verkehrs- und Umgangssprache zu etablieren, haben Annegret Kramp-Karrenbauer viel Lob und sogar eine Auszeichnung eingebracht.

Eine gemeinsame Initiative zwischen den Bundesländern Saarland, Rheinland-Pfalz, Baden-



Württemberg und Frankreich soll dazu beitragen, die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich zu senken. Französische Auszubildende sollen die Möglichkeit erhalten, den Betriebsteil ihrer dualen Ausbildung in deutschen Betrieben zu absolvieren. Ich halte die Initiative für eine sehr gute Sache, von der sowohl die französischen Lehrlinge als auch die deutschen Betriebe profitieren können.

(Bild/Höfer: Annegret Kramp-Karrenbauer und Gabriele Schmidt)

2. Deutschland bei Patentanmeldungen in Spitzen- gruppe

Im Jahr 2014 wurden weltweit 274.174 Patente angemeldet. Das waren 3,1 Prozent mehr als im Jahr 2013. Rund 35 Prozent der Patentanmeldungen kamen aus einem der 38 Mitgliedstaaten der Europäischen Patentorganisation, der Dachorganisation des Europäischen Patentamts. Allein in Deutschland wurden 31.647 Patente und damit 11 Prozent der gesamten Anmeldungen verzeichnet. Mehr Patente wurden lediglich in den USA (71.745; 26 Prozent) und Japan (48.657; 18 Prozent) angemeldet. Trotz eines leichten Rückgangs gegenüber 2013 (31.887 Patente) **liegt Deutschland damit weiter auf einem Spitzenrang und behauptet sich als eines der innovativsten Länder der Welt.** (Quelle: Europäisches Patentamt)



IV. Aktuelle Termine/Hinweise

1. Bürgerdialog Fluglärm & Infrastruktur mit Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt



Ausbau von Straße, Schiene und schnelles Internet sind unsere Forderungen an den Minister. Insbesondere wird er zur **Fluglärmproblematik** Stellung beziehen.

Alle sind herzlich eingeladen, sich am Dialog aktiv zu beteiligen, heute, 6. März 2015

17.30 Uhr, Stadthalle Tiengen
Berliner Straße 2, 79761 Waldshut-Tiengen

2. Bürgersprechstunde



Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu meiner nächsten Bürgersprechstunde **am Mittwoch, dem 11. März, ab 17.00 Uhr, in die Hauptstr. 18, Waldshut-Tiengen**, ein!

Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche! Hier finden Sie die nächsten Termine: [Bürgersprechstunde](#)

3. Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis (Auswahl):

- 06. März:** • Bürgerdialog „Fluglärm & Infrastruktur“ Mit Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt, Stadthalle Tiengen
- 07. März:** • Besichtigung der DRK-Rettungswache in Ühlingen mit Kandidatenvorstellung, Dr. Klaus Schüle stellt sich vor
- 09. März:** • Ortstermin an der B 31 östlich Titisee-Neustadt
- 09. März:** • Informationsgespräch Sparkasse Hochrhein, Waldshut-Tiengen
- 10. März:** • Gemeinsamer Termin zum Thema „Kommunalverfassungsbeschwerde“ der Stadt Titisee-Neustadt mit Bürgermeister Armin Hinterseh, Rathaus Titisee-Neustadt
- 10. März:** • Vorstandssitzung der CDA Südbaden
- 11. März:** • Antrittsbesuch in den Gemeinden Jestetten und Lottstetten